

## **In der Senatssitzung am 25. April 2023 beschlossene Fassung**

Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz

Bremen, 20.4.2023

**L 5**

### **Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 25.04.2023**

#### **„Endometriose – Wie engagiert sich der Senat?“**

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

#### **A. Problem**

Die Fraktion der FDP hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) bzw. Stadtbürgerschaft folgende Anfrage an den Senat gestellt:

#### **Endometriose – Wie engagiert sich der Senat?**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bringt sich der Senat beim Thema Endometriose auf Bundesebene ein, welche konkreten Handlungsfelder und Projekte nach dem Vorbild Frankreichs forciert er auf Landesebene und mit welchem Aufklärungsinstrumenten informiert er aktuelle über die Krankheit?
2. Welche Möglichkeiten zu Kostenübernahme von geeigneten Diagnoseinstrumenten gibt es aktuell und wie sehen die Planungen für das kommende Jahr aus?
3. Wie systematisch werden Informationen über Endometriose im Aufklärungsunterricht an Schulen weitergegeben werden und wie stehen die Fachbereiche Bildung und Gesundheit im Themenfeld Frauengesundheit im Dialog?

#### **B. Lösung**

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

#### **Zu Frage 1:**

Auf Bundesebene, z.B. im Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz, wurden Inhalte in Bezug auf das Krankheitsbild Endometriose seit dem Jahr 2019 nicht aufgegriffen. Dies insbesondere deshalb da mit Entstehen der Corona-Pandemie die inhaltliche Schwerpunktsetzung der Gesundheitssenator:innen/-minister:innen und des Bundesministeriums für Gesundheit in der Bekämpfung der Pandemie lag. Im Juni 2022 wurde der Bundestag über den Sachstand der Aktionspläne zur Bewältigung von gesundheitlichen Folgen von Endometriose in Frankreich und Australien informiert. Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz

begrüßt die Aufnahme des Themas auf die politische Agenda und wird sich für die Umsetzung von Maßnahmen zur Forschung, frühen Diagnose und Aufklärung von Endometriose auf Bundes- und Landesebene einsetzen. Dazu wird ein Beschlussvorschlag ausgearbeitet, der der Gesundheitsministerkonferenz im Juli 2023 vorgelegt werden soll.

### **Zu Frage 2:**

Die für die Diagnose der Endometriose am häufigsten verwendeten Methoden sind die körperliche Untersuchung, verschiedene Bildgebungsverfahren, wie Ultraschall und MRT, sowie operative Methoden. Diese gehören in Gänze zum Leistungsangebot der Krankenkassen und werden auch von diesen regelhaft übernommen. Das gilt sowohl für ambulant als auch stationär erbrachte Leistungen. Laut der aktuellen S2k-Leitlinie Diagnostik und Therapie der Endometriose von 2020 wird die Diagnose der Endometriose mittels MRT oder Sonographie oder mittels einer Kombination aus beiden Methoden als Nachweis akzeptiert.

### **Zu Frage 3:**

Bei der Endometriose handelt es sich um eine chronische Erkrankung von Frauen und Mädchen. Sie bewirkt häufig Symptome wie Unterbauchschmerzen und Menstruationszyklus-Störungen. Die gynäkologische Erkrankung „Endometriose“ ist, wie auch andere spezielle gynäkologische und urologische Krankheitsbilder bisher kein Bestandteil des Bildungsplans Biologie. Die Thematisierung von pathologisch relevanten Veränderungen des menschlichen Körpers obliegt den jeweiligen Lehrkräften.

### **C. Alternativen**

Es werden keine Alternativen vorgeschlagen.

### **D. Finanzielle, personalwirtschaftliche und genderbezogene Auswirkungen**

Die Frage beinhaltet keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Die Erkrankung betrifft ausschließlich Mädchen und Frauen sowie Personen mit Uterus, die sich nicht dem weiblichen Geschlecht zugehörig sehen.

### **E. Beteiligung und Abstimmung**

Es ist keine Abstimmung und Beteiligung notwendig

### **F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

### **G. Beschluss**

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz vom 20.04.2023 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP für die Fragestunde der Bremischen Stadtbürgerschaft/Bürgerschaft (Landtag) zu.